

Inhalt

■ Ausschreibungen.....	5
EU4 Health - Unterstützung der psychischen Gesundheit von vertriebenen Ukrainer*innen	5
ESF+ - Soziale Innovationen für einen fairen grünen und digitalen Übergang	5
Programm EU4 Health (EU4H) - Hera Labor-Netzwerk	6
■ Öffentliche Konsultationen	7
EU-Vorschriften zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern	7
EU-Schulprogramm für Obst, Gemüse und Milch	7
■ EU-Politik.....	8
Coronakrise: Anpassung der Lieferpläne an den Bedarf	8
Ukraine: Medizinische Unterstützung für Opfer sexueller Gewalt	8
COVID-19: Mittel für Impfkampagnen in Afrika aufgestockt	9
Befristeter COVID-19-Rahmen läuft aus.....	9
Weitere Mittel für NextGenerationEU.....	9
EU-Kommission startet Plattform für Zukunftswünsche junger Menschen	10
Kampf gegen Kindesmissbrauch	11
EU-Strategie zum Schutz von Kindern in der Online- Welt.....	11
Verbraucherschutz: Online-Finanzdienstleistungen.	12



Syrien: Geberkonferenz mobilisiert knapp 6,4 Mrd. Euro	12
Aufstockung der Mittel für Horizont Europa	13
REACT-EU: Unterstützung für Sachsen-Anhalt, Berlin und Rheinland-Pfalz	13
Konferenz zur Zukunft Europas: Abschluss der Arbeiten	14
Eurobarometer zum Europäischen Jahr der Jugend	15
Ukraine: Neue Hilfe für Vertriebene	16
EU-Unterstützung für die Republik Moldau	16
Eurobarometer: Ukraine-Krieg findet Zustimmung in Europa	16
Ernährungsunsicherheit erreicht neue Rekordwerte	17
Deutsche Rahmenregelung zur Unterstützung von Unternehmen.....	18
Neues Europäisches Bauhaus: fünf Leuchtturmprojekte	18
Europäischer Raum für Gesundheitsdaten.....	19
100 klimaneutrale und intelligente Städte bis 2030 ...	19
Zukunft des Internets	19
Gewinner „Europäische Hauptstädte für Integration und Vielfalt“	20
Legale Migration: Anwerbung qualifizierter Fachkräfte aus Drittländern	20
Kommission geht gegen strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung vor	21
COVID-19: Erhöhter Bereitschaft für nächste Pandemiephase	21
Digitalisierung des Visumverfahrens	22
Ernährungssicherheit am Horn von Afrika	22



Kommission will Eurojust-Mandat stärken	23
Gesetz über digitale Dienste	23
Unterstützung für Flüchtlinge aus der Ukraine	24
EU-Kohäsionspolitik: Partnerschaftsvereinbarung mit Deutschland genehmigt	24
REACT-EU: Mittel für Saarland, Thüringen und Bremen	25
Ukraine: EU stockt humanitäre Hilfe auf	26
■ Veranstaltungen.....	27
Antragstellerwerkstatt HORIZONT Europa (Online) ..	27
ErasmusDays 2022	27

Impressum

Der EUFIS-Newsletter ist ein Gemeinschaftsprodukt der Bank für Sozialwirtschaft AG, Konrad-Adenauer-Ufer 85, 50668 Köln und des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands - Gesamtverband e. V., Oranienburgerstraße 13-14, D-10178 Berlin.

Redaktion:

Für die Bank für Sozialwirtschaft:

BFS Europabüro, Rue de Pascale 4-6, B-1040 Brüssel, Tel. +32 2230 3922, Fax + 32 2280 2778

E-Mail h.braem@sozialbank.de, Internet www.sozialbank.de

Für den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e. V.:

Dr. Joachim Rock und Tilo Liewald, Tel. +49 30 24636 303,

E-Mail: europa@paritaet.org.

Kopieren, veröffentlichen, verändern oder sonstige Verwertungen (auch auszugsweise) sowie die Weitergabe der von der Bank für Sozialwirtschaft gelieferten Inhalte außerhalb der Gliederungen und Mitglieder des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands – Gesamtverband e. V. sind nicht gestattet. Abweichende Regelungen sind nur mit Zustimmung der Bank für Sozialwirtschaft möglich. Das Urheberrecht ist zu beachten. Die Herausgeber übernehmen keine Haftung für Verzögerungen, Irrtümer oder Unterlassungen.

Der EUFIS-Newsletter erscheint in der Regel in zwölf Ausgaben pro Jahr. Redaktionsschluss der Ausgabe Mai 2022 ist der 15.05.2022.

■ Ausschreibungen

EU4 Health - Unterstützung der psychischen Gesundheit von vertriebenen Ukrainer*innen

Die Europäische Kommission im Rahmen EU4 Health-Programms einen Aufruf veröffentlicht, der sich mit der Umsetzung von Best Practices zur Verbesserung der psychischen Gesundheit und des psychologischen Wohlbefindens von Migrant*innen und Flüchtlingspopulationen befasst. Die Einreichfrist endet am **31.05.2022**.

Das Hauptziel dieser Aktion ist geschärftes Bewusstsein, Wissensgenerierung und Wissensteilung sowie der Aufbau von Kapazitäten zur Verbesserung der psychischen Gesundheit und des psychischen Wohlbefindens von Migrant*innen und Flüchtlingspopulationen. Der Schwerpunkt liegt auf den Vertriebenen aus der Ukraine.

Unterstützt werden Angehörige der Gesundheitsberufe und Nichtregierungsorganisationen, die mit diesen Zielgruppen arbeiten.

Es sollten dabei Maßnahmen in Betracht gezogen werden, die von anderen Organisationen durchgeführt werden, die mit Vertriebenen der Ukraine zusammenarbeiten (z. B. WHO, UNHCR, Roter Kreuz, Caritas usw.).

Insgesamt stehen 2 Mio. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

ESF+ - Soziale Innovationen für einen fairen grünen und digitalen Übergang

Die Europäische Kommission hat im Rahmen des ESF+-Programms einen Projektauftrag zum Thema „Soziale Innovationen für einen fairen grünen und digitalen Übergang“ veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **02.08.2022**.

Das Hauptziel ist es, einen fairen grünen und digitalen Übergang zu aktivieren und zu steigern, indem integrative soziale Innovationsansätze gefördert und verbreitet werden.

Die Entwicklung und das Testen dieser sozialen Innovationsansätze soll in Schulen oder Ausbildungszentren, in der Arbeit oder in lokalen Gemeinschaften oder anderen relevanten Umgebungen stattfinden.

Insgesamt stehen 10 Mio. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Programm EU4 Health (EU4H) - Hera Labor-Netzwerk

Die Europäische Kommission hat im Rahmen des EU4 Health-Programms einen Aufruf zur Einrichtung eines Hera Labor-Netzwerkes veröffentlicht. Die Einreichfrist endet jeweils am **18.08.2022**.

Diese Aktion unterstützt die Richtlinienpriorität zur Reaktion auf die Covid-19-Krise, um die Bereitschaft für zukünftige Gesundheitsnotfälle zu verbessern und die rechtzeitige Bereitstellung medizinischer Gegenmaßnahmen zu unterstützen.

Errichtet werden soll ein Pilotnetzwerk von erstklassigen Labors und Forschungsinstituten, die über das kritische Fachwissen und die entsprechenden Fähigkeiten verfügen.

Insgesamt stehen 25 Mio. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

■ Öffentliche Konsultationen

EU-Vorschriften zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern

Die Europäische Kommission bittet alle Bürger*innen, Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und öffentlicher Behörden sowie die Sozialpartner um Meinungen dazu, wie die EU-Vorschriften zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern überarbeitet werden könnten. Die bestehenden EU-Vorschriften legen die Mindestvorschriften für die Definition von Straftaten und Strafen in diesem Bereich fest.

Wie in der [EU-Strategie zur wirksameren Bekämpfung des sexuellen Kindesmissbrauchs](#) angekündigt, wird die EU-Kommission die [EU-Richtlinie zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern](#) aus dem Jahr 2011 bewerten, um bewährte Verfahren und noch bestehende Gesetzeslücken zu ermitteln. Die Ergebnisse dieser öffentlichen Konsultation werden dazu beitragen, die Umsetzung der Richtlinie zu bewerten und die Entwicklung neuer prioritärer Maßnahmen auf EU-Ebene zu lenken.

Die öffentliche Konsultation läuft bis zum **13.07.2022**.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

EU-Schulprogramm für Obst, Gemüse und Milch

Mit dem EU-Schulprogramm wird die Abgabe von Obst, Gemüse, Milch und bestimmten Milcherzeugnissen an Kinder gefördert. Damit einher gehen Bildungsmaßnahmen, durch die die Kinder mehr über die Landwirtschaft erfahren und gesunde Ernährungsgewohnheiten entwickeln sollen.

Die Kommission wird das EU-Schulprogramm sowie die Maßnahmen zur Festsetzung dieser EU-Beihilfe überarbeiten. Diese Überarbeitung wird dazu beitragen, im Einklang mit der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ einen nachhaltigen Lebensmittelkonsum zu fördern.

Die öffentliche Konsultation läuft bis zum **28.07.2022**.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

■ EU-Politik

Coronakrise: Anpassung der Lieferpläne an den Bedarf

Die Europäische Kommission hat am 13.05.2022 eine Vereinbarung mit den Impfstoffentwicklern BioNTech und Pfizer erzielt, um den Impfstoffbedarf der Mitgliedstaaten in den kommenden Monaten besser zu decken.

So soll sichergestellt werden, dass die Mitgliedstaaten nach Bedarf über genügend (an künftige Varianten angepasste und zugelassene) Impfstoffe verfügen, um auf etwaige epidemiologische Entwicklungen im Laufe des Jahres reagieren und Partnerländer weltweit weiterhin unterstützen zu können.

Im Rahmen dieser Vereinbarung mit BioNTech-Pfizer werden die ursprünglich vereinbarten vertraglichen Lieferpläne angepasst. Die für Juni und den Sommer geplanten Dosen werden nun im September sowie im Herbst und Winter 2022 geliefert.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_3067

Ukraine: Medizinische Unterstützung für Opfer sexueller Gewalt

Die Europäische Kommission stellt 1,5 Mio. Euro für ein Projekt des UN-Bevölkerungsfonds bereit, das die medizinische Versorgung von Frauen und Mädchen in der Ukraine unterstützen soll. Die Mittel sind für wichtige Hilfsgüter bestimmt, darunter Notfallsets für schwangere Frauen. Darüber hinaus werden zwei mobile Gesundheitsstationen für die Notfallversorgung von Schwangeren und Neugeborenen eingerichtet. Das gab die EU-Kommission am 13.05.2022 bekannt.

Die Mittel sind Teil der humanitären Hilfe der EU in Höhe von insgesamt 243 Mio. Euro als Reaktion auf den russischen Krieg in der Ukraine, die zusätzlich zur Sachhilfe für das Land im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens bereitgestellt wird.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/ukraine-eu-verstarkt-medizinische-unterstutzung-fur-opfer-sexueller-gewalt-2022-05-13_de

COVID-19: Mittel für Impfkampagnen in Afrika aufgestockt

Die Europäische Kommission hat am 12.05.2022 angekündigt, dass sie die einschlägigen Mittel um 400 Mio. Euro aufstocken wird, um die Bereitstellung und die Nutzung von Impfstoffen und anderen Instrumenten zur Bekämpfung von COVID-19 in Afrika zu beschleunigen.

Die Kommission sieht ferner vor, 427 Mio. Euro für den Globalen Fonds für Pandemievorsorge zur Verfügung zu stellen und damit die Bemühungen zur Prävention von und besseren Reaktion auf künftige Pandemien zu unterstützen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_3035

Befristeter COVID-19-Rahmen läuft aus

Die Europäische Kommission wird den am 19.03.2020 angenommenen und zuletzt am 18.11.2021 geänderten Befristeten Beihilferahmen, der es den Mitgliedstaaten ermöglicht, eine beträchtliche Störung in ihrem Wirtschaftsleben im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie zu beheben, auslaufen lassen.

Der Befristete COVID-19-Rahmen, nach dem die meisten darin vorgesehenen Instrumente bis zum 30.06.2022 anwendbar sind, wird nicht über das Ende seiner aktuellen Geltungsdauer hinaus verlängert werden. Der bestehende Plan für das Auslaufen der aktuellen Maßnahmen und die Übergangsphase wird sich nicht ändern. Dies gilt auch für die Möglichkeit der Mitgliedstaaten, bis zum 31.12.2022 bzw. bis zum 31.12.2023 spezifische Investitionsförderungs- und Solvenzmaßmaßnahmen zu gewähren, wie bereits im November letzten Jahres angekündigt wurde.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_22_2980

Weitere Mittel für NextGenerationEU

Die Europäische Kommission hat am 11.05.2022 im Rahmen des Aufbauinstruments NextGenerationEU weitere 9 Mrd. Euro in einer doppelten Tranche bereitgestellt. Dies ist die neunte syndizierte Transaktion im Rahmen von NextGenerationEU und die vierte im Jahr 2022.

Die Transaktionen stießen bei den Anlegern auf sehr großes Interesse. Die 30-jährige Anleihe war mit über 48 Mrd. Euro mehr als 16-mal überzeichnet und ist damit die bislang am stärksten überzeichnete Transaktion im Rahmen von NextGenerationEU.

Die Kommission wird die aufgebrachten Mittel weiterhin nutzen, um die Erholung und Resilienz Europas zu unterstützen, indem sie die Mitgliedstaaten im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität sowie anderer Programme finanziert.

Mit der heutigen Emission hat die Kommission nun 111 Mrd. Euro an langfristigen Finanzierungen im Rahmen ihres Programms NextGenerationEU begeben, davon 23 Mrd. Euro als grüne Anleihen im Rahmen von NextGenerationEU. Seit Januar 2022 hat sie im Zuge von NextGenerationEU 40 Mrd. Euro mobilisiert, d. h. 80% des im Programm für die ersten sechs Monate dieses Jahres vorgesehenen Finanzierungsziels in Höhe von 50 Mrd. Euro.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2982

EU-Kommission startet Plattform für Zukunftswünsche junger Menschen

Mit der interaktiven 3D-Website "[Gib deiner Vision eine Stimme](#)" gibt die EU-Kommission den Meinungen und Stimmen junger Europäer*innen eine neue Plattform. Junge Menschen aus allen EU-Ländern können dort ihre persönlichen Zukunftswünsche in Form einer Audio-Botschaft in eine Datenbank hochladen.

Im Fokus stehen alle Zukunftsthemen, die die Europäer*innen bewegen: Klimawandel, Integration, Sicherheit, Bildung, und vieles mehr. Die neue Plattform ist ab sofort online aufrufbar und ist Teil des Europäischen Jahres der Jugend (EJJ).

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/europaisch-es-jahr-der-jugend-eu-kommission-startet-plattform-fur-zukunftswunsche-junger-menschen-2022-05-12_de

Kampf gegen Kindesmissbrauch

Die Kommission schlägt am 11.05.2022 neue EU-Rechtsvorschriften zur Prävention und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet vor. Der sexuelle Missbrauch von Kindern ist allgegenwärtig: Allein im Jahr 2021 wurden weltweit 85 Mio. Bilder und Videos mit Darstellungen von sexuellem Kindesmissbrauch gemeldet, und die Dunkelziffer ist hoch. Die COVID-19-Pandemie hat das Problem noch verschärft:

Mit den derzeitigen Regelungen, die auf eine freiwillige Aufdeckung und Meldung durch die Unternehmen setzen, werden Kinder nachweislich nicht ausreichend geschützt. Und selbst die bestehenden Möglichkeiten zur Aufdeckung entsprechender Inhalte werden nicht mehr zur Verfügung stehen, wenn die gegenwärtige Übergangslösung ausläuft.

Damit Online-Dienste nicht für den sexuellen Missbrauch von Kindern genutzt werden, braucht es klare Vorschriften mit robusten Bedingungen und Schutzmechanismen. Der neue Gesetzesvorschlag nimmt die Anbieter in die Pflicht: Sie müssen Material über sexuellen Kindesmissbrauch in ihren Diensten aufdecken, melden und entfernen. Außerdem müssen sie das Risiko, dass ihre Dienste missbraucht werden, bewerten und mindern.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2976

EU-Strategie zum Schutz von Kindern in der Online-Welt

Die Kommission hat am 11.05.2022 eine neue europäische Strategie für ein besseres Internet für Kinder (BIK+) angenommen, um altersgerechte digitale Dienste zu verbessern und um dafür zu sorgen, dass jedes Kind im Internet geschützt, befähigt und geachtet wird.

In den letzten zehn Jahren haben sich die digitale Technik und die Art und Weise, wie Kinder sie nutzen, dramatisch verändert. Die neue europäische Strategie für ein besseres Internet für Kinder zielt auf barrierefrei zugängliche, altersgerechte und informative Online-Inhalte und -Dienste ab, die dem Wohl der Kinder dienen und ihren Interessen entsprechen.

Die neue europäische Strategie ist der digitale Arm der umfassenden [EU-Kinderrechtsstrategie](#) und spiegelt den [Digitalgrundsatz](#) „Schutz und Befähigung von Kindern und Jugendlichen in der Online-Welt“ wider.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2825

Verbraucherschutz: Online-Finanzdienstleistungen

Die Europäische Kommission hat am 11.05.2022 eine Reform der geltenden [EU-Vorschriften über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen für Verbraucher](#) angenommen. Der Vorschlag soll die Verbraucherrechte stärken und die grenzüberschreitende Erbringung von Finanzdienstleistungen im Binnenmarkt fördern.

Dieser Markt hat sich vor dem Hintergrund der allgemeinen Digitalisierung des Sektors und der neuen Arten von Finanzdienstleistungen, die seit dem Erlass der Vorschriften im Jahr 2002 eingeführt wurden, erheblich weiterentwickelt.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2979

Syrien: Geberkonferenz mobilisiert knapp 6,4 Mrd. Euro

Die internationale Gebergemeinschaft hat am 10.05.2022 auf der von der Europäischen Union ausgerichteten [sechsten Brüsseler Konferenz zur Unterstützung der Zukunft Syriens und der Region](#) die Bereitstellung von knapp 6,4 Mrd. Euro für 2022 und die Zeit danach zugesagt. Mit diesen Mitteln werden die syrische Bevölkerung und die Nachbarländer, die syrische Flüchtlinge aufnehmen, unterstützt.

Davon wurden 4,8 Mrd. Euro von der EU zugesichert, und zwar 3,1 Mrd. Euro von der Europäischen Kommission und 1,7 Mrd. Euro von den EU-Mitgliedstaaten. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind seit Beginn der Krise im Jahr 2011 die größten Geber für die Menschen in Syrien und die Region und haben insgesamt 27,4 Mrd. Euro mobilisiert.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2962

Aufstockung der Mittel für Horizont Europa

Die Kommission hat am 10.05.2022 Änderungen des Arbeitsprogramms 2021-2022 von [Horizont Europa](#) angenommen und somit die Mittel um fast 562 Mio. Euro aufgestockt.

Damit soll ermöglicht werden, die [EU-Missionen](#) zur Entwicklung innovativer Lösungen für Herausforderungen in den Bereichen Umweltschutz, Gesundheit und Digitalisierung noch besser zu unterstützen und mehr Maßnahmen zur Stärkung des europäischen Innovationsökosystems durchzuführen. Die Mittelausstattung des Programms für 2021 und 2022 beläuft sich nun auf insgesamt knapp 16 Mrd. Euro.

Von diesen zusätzlichen Mitteln sind 507,1 Mio. Euro für die fünf EU-Missionen bestimmt, bei denen es sich um einen neuen und innovativen Weg handelt, Lösungen für einige unserer größten Herausforderungen zu finden, indem wir mit Menschen aus ganz Europa und darüber hinaus zusammenarbeiten. [Sie wurden im September 2021 ins Leben gerufen](#) und dienen der Verwirklichung ehrgeiziger Ziele in den Bereichen Gesundheit, Klima und Umwelt im Zeitraum bis 2030.

Angesichts Russlands Invasion in die Ukraine umfasst die Änderung auch Maßnahmen zur Unterstützung von Forschenden, die zuvor in der Ukraine tätig waren.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2843

REACT-EU: Unterstützung für Sachsen-Anhalt, Berlin und Rheinland-Pfalz

Finnland, Deutschland und Lettland erhalten im Rahmen der europäischen Aufbauhilfe [REACT-EU](#) insgesamt weitere 84,3 Mio. Euro.

In Deutschland werden in Sachsen-Anhalt zusätzliche 23 Mio. Euro benachteiligten Schüler*innen helfen, ihre digitalen Fähigkeiten zu verbessern. Darüber hinaus erhält das operationelle Programm (OP) für Berlin 12,1 Mio. Euro, um KMU bei ihren Vernetzungs- und Kooperationsaktivitäten und die von der Pandemiekrise schwer getroffene Kongress- und Tagungsbranche bei der Umstellung auf mehr hybride und nachhaltige Veranstaltungen zu unterstützen.

Rheinland-Pfalz bekommt im Rahmen von REACT-EU zusätzliche 11 Mio. Euro für Maßnahmen zur Stärkung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit von KMU, zur Unterstützung des Informations- und Wissenstransfers zwischen Hochschulen und KMU sowie für barrierefreien Tourismus und Energieeffizienzmaßnahmen zur Verringerung der CO₂-Emissionen.

Um die Mitgliedstaaten bei der Bewältigung des Zustroms von Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine fliehen, zu unterstützen, hat die Kommission kürzlich den Kofinanzierungssatz erhöht und mehr als 3,5 Mrd. Euro an Vorauszahlungen aus REACT-EU geleistet.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/aufbauhilfe-react-eu-unterstuetzt-sachsen-anhalt-berlin-und-rheinland-pfalz-mit-uber-46-millionen-2022-05-10_de

Konferenz zur Zukunft Europas: Abschluss der Arbeiten

Am Europatag am 09.05.2022 erhielten die Präsidentin des Europäischen Parlaments, die Präsidentin der Kommission und der Präsident des Rates den Abschlussbericht mit Vorschlägen für Reformen der EU.

Im Rahmen der Abschlussveranstaltung in Straßburg haben EU-Parlamentspräsidentin Roberta Metsola (im Namen des Ratsvorsitzes), Präsident Emmanuel Macron und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen von den Ko-Vorsitzenden des Exekutivausschusses der Konferenz den Abschlussbericht erhalten.

Diese beispiellose einjährige Reise, die geprägt war von Gesprächen, Debatten und der Zusammenarbeit zwischen Bürger*innen und Politiker*innen, gipfelte in einem Bericht mit 49 Vorschlägen.

Diese umfassen konkrete Ziele und mehr als 320 Maßnahmen verteilt auf neun Themen, zu denen die EU-Institutionen Folgemaßnahmen ergreifen sollen: Klimawandel und Umwelt; Gesundheit; eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung; die EU in der Welt; Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit; digitaler Wandel; Demokratie in Europa; Migration; Bildung, Kultur, Jugend und Sport.

Die Vorschläge stützen sich auf Empfehlungen von Bürger*innen, die im Rahmen der Europäischen Bürgerforen und der nationalen Bürgerforen zusammenkamen und ihre Ideen auf der mehrsprachigen digitalen Plattform einbrachten.

Innerhalb ihrer Zuständigkeitsbereiche prüfen die drei Organe nun, wie diese Vorschläge unter Einhaltung der Verträge konkret umgesetzt werden können.

Im Herbst 2022 wird eine Feedback-Veranstaltung stattfinden, um die Bürger*innen auf den neuesten Stand zu bringen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2862

Eurobarometer zum Europäischen Jahr der Jugend

Die Kommission hat am 06.05.2022 ihre [Eurobarometer-Blitzumfrage](#) zu Jugend und Demokratie veröffentlicht, die zwischen dem 22.02. und dem 04.03.2022 durchgeführt wurde. Während das [Europäische Jahr der Jugend](#) in vollem Gange ist und sich die [Konferenz zur Zukunft Europas](#) – bei der die Jugend eine entscheidende Rolle spielte – dem Ende zuneigt, bietet die Umfrage einen Einblick in die Gefühls- und Gedankenwelt der jungen Generation.

Die neue Eurobarometer-Umfrage zeigt ein wachsendes Engagement unter den Jugendlichen: Heute bringt sich eine Mehrheit (58%) der jungen Menschen aktiv in die Gesellschaft ein, in der sie lebt, und war in den letzten zwölf Monaten in einer oder mehreren Jugendorganisationen engagiert. Seit dem letzten [Eurobarometer 2019](#) ist das eine Zunahme um 17 Prozentpunkte.

Darüber hinaus ist die gängigste Erwartung der jungen Menschen für das Europäische Jahr der Jugend 2022, dass die Entscheidungsträger*innen stärker auf ihre Anliegen eingehen, entsprechend handeln und sie in ihrer persönlichen, gesellschaftlichen und beruflichen Entwicklung unterstützen (72%).

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2774

Ukraine: Neue Hilfe für Vertriebene

Vor dem Hintergrund der gemeinsam von Polen und Schweden ausgerichteten internationalen Geberkonferenz kündigt die Kommission am 05.05.2022 ein neues Hilfspaket im Umfang von 200 Mio. Euro zur Unterstützung von Vertriebenen in der Ukraine an.

Knapp 8 Mio. Menschen, zwei Drittel davon Kinder, wurden seit Beginn des Kriegs innerhalb der Ukraine vertrieben. Mehr als 5,3 Mio. Menschen haben die Ukraine verlassen, um Schutz in der EU und den Nachbarländern zu suchen.

Im vergangenen Monat hat die Europäische Kommission mit Kanada einen weltweiten Gebergipfel einberufen, der 9,1 Mrd. Euro zur Unterstützung von Menschen einbrachte, die innerhalb der Ukraine und über diese hinaus vor den Bomben fliehen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2832

EU-Unterstützung für die Republik Moldau

Die Europäische Union wird weitere 52 Mio. Euro für die Republik Moldau mobilisieren, um die langfristige Widerstandsfähigkeit, den Wiederaufbau und die Reformen des Landes sowie die Umsetzung des Assoziierungsabkommens EU-Moldau zu unterstützen.

Mit dieser neuen Finanzhilfe soll Moldau bei seiner nachhaltigen, widerstandsfähigen und inklusiven sozioökonomischen Entwicklung unterstützt werden.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2783

Eurobarometer: Ukraine-Krieg findet Zustimmung in Europa

Eine am 05.05.2022 in allen EU-Mitgliedstaaten veröffentlichte Flash-Eurobarometer-Umfrage zeigt einen großen Konsens unter den EU-Bürger*innen bezüglich der EU-Haltung angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine.

Nach Auffassung eines Großteils der Bevölkerung hat die EU seit Beginn des Krieges Solidarität gezeigt (79 %) und geschlossen (63 %) und schnell reagiert (58 %).

Die Befragten sprechen sich weitgehend für eine uneingeschränkte Unterstützung der Ukraine und ihrer Bevölkerung aus. Mehr als neun von zehn Befragten (93 %) befürworten insbesondere die Bereitstellung humanitärer Hilfe für vom Krieg betroffene Menschen.

88 % der Menschen in Europa unterstützen den Gedanken, Menschen, die vor dem Krieg fliehen, in der EU willkommen zu heißen. 80 % befürworten die finanzielle Unterstützung für die Ukraine. 66 % finden, dass die Ukraine der EU beitreten sollte, wenn sie bereit dafür ist, 71 % nehmen die Ukraine als Teil der europäischen Familie wahr, und 89 % fühlen mit den Ukrainer*innen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2784

Ernährungsunsicherheit erreicht neue Rekordwerte

Das Globale Netzwerk gegen Ernährungskrisen – ein internationales Bündnis der Vereinten Nationen, der Europäischen Union und staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen – hat am 04.05.2022 seinen [Bericht über globale Ernährungskrisen 2022](#) veröffentlicht.

Demnach waren im letzten Jahr etwa 193 Mio. Menschen in 53 Ländern oder Gebieten von akuter Ernährungsunsicherheit betroffen. Das entspricht einem Anstieg um fast 40 Mio. Menschen gegenüber den Rekordzahlen von 2020. Im Bericht wird dargelegt, dass Konflikte weiterhin die Hauptursache von Ernährungsunsicherheit sind.

Obwohl die Analyse vor dem russischen Einmarsch in die Ukraine stattgefunden hat, hält der Bericht fest, dass der Angriffskrieg Russlands die Fragilität der internationalen Lebensmittelsysteme offengelegt hat, mit gravierenden Folgen für die globale Ernährungs- und Nahrungsmittelsicherheit.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/nahrungsmittelkrise-ernaehrungsunsicherheit-erreicht-neue-rekordwerte-2022-05-05_de

Deutsche Rahmenregelung zur Unterstützung von Unternehmen

Die Europäische Kommission hat eine Rahmenregelung mit einem Budget von rund 11 Mrd. Euro genehmigt, mit der Deutschland vor dem Hintergrund der Invasion der Ukraine durch Russland Unternehmen aller Wirtschaftszweige unterstützen will.

Die Regelung wurde auf der Grundlage des am 23.03.2022 von der Kommission erlassenen Befristeten Krisenrahmens für staatliche Beihilfen genehmigt, in dem die Kommission mit Blick auf Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe b des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) anerkennt, dass das Wirtschaftsleben der gesamten EU beträchtlich gestört ist.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2766

Neues Europäisches Bauhaus: fünf Leuchtturmprojekte

Die Kommission gab am 04.05.2022 die fünf Bewerber*innen bekannt, die für die mit 25 Mio. Euro ausgestattete Aufforderung für „Demonstrationsprojekte mit Vorzeigecharakter“ des neuen Europäischen Bauhauses (NEB) ausgewählt wurden.

Durch die Projekte werden an mehreren Orten in der EU nachhaltigere, inklusivere und schönere Räume geschaffen und die Bürger*innen in den grünen Wandel auf lokaler Ebene einbezogen.

So bereitet u.a. in München-Neuperlach „NEBhourhoods“ auf die im europäischen Grünen Deal skizzierte Zukunft in Bezug auf bauliche Umwelt, Kreislaufwirtschaft, Mobilität, Energie, Lebensmittel und Gesundheit vor. Das Projekt wird auf den Stärken des Stadtviertels – einem ausgeprägten Gemeinschaftsgefühl, ausgedehnten Grünflächen und groß angelegten, wenn auch renovierungsbedürftigen, Wohnarealen – aufbauen und seine Schwächen – die überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit und das unterdurchschnittliche Bildungsniveau – angehen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2780

Europäischer Raum für Gesundheitsdaten

Am 03.05.2022 hat die Europäische Kommission den europäischen Raum für Gesundheitsdaten (European Health Data Space – EHDS) auf den Weg gebracht, der einer der zentralen Bausteine einer starken europäischen Gesundheitsunion ist.

Der EHDS wird dazu beitragen, dass die EU, was die Gesundheitsversorgung der Menschen in ganz Europa betrifft, einen Quantensprung nach vorne machen wird. Er wird es den Menschen in ihrem jeweiligen Heimatland oder in anderen Mitgliedstaaten ermöglichen, ihre Gesundheitsdaten zu kontrollieren und zu nutzen. Er fördert einen echten Binnenmarkt für digitale Gesundheitsdienste und -produkte.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2711

100 klimaneutrale und intelligente Städte bis 2030

Die Kommission hat am 28.04.2022 die [100 Städte in der EU](#) bekanntgegeben, die an der [EU-Mission](#) für 100 klimaneutrale und intelligente Städte bis 2030, der sog. Mission „Städte“, teilnehmen werden. Es handelt sich um 100 Städte in allen 27 Mitgliedstaaten und weitere 12 Städte in Ländern, die mit [Horizont Europa](#) assoziiert sind oder potenziell assoziiert werden können.

Die Mission „Städte“ wird im Rahmen von Horizont Europa im Zeitraum 2022-2023 Mittel in Höhe von 360 Mio. Euro erhalten, damit sie die Innovationen anstoßen kann, die notwendig sind, um bis 2030 Klimaneutralität zu erreichen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2591

Zukunft des Internets

Am 28.04.2022 haben die Europäische Union, die Vereinigten Staaten von Amerika und zahlreiche internationale Partner eine Erklärung zur Zukunft des Internets vorgelegt, in der die Zielvorstellung und die Grundsätze eines vertrauenswürdigen Internets dargelegt werden.

Die Partner unterstützen eine Zukunft für ein Internet, das offen, frei, global, interoperabel, zuverlässig und sicher ist, und bekräftigen ihr Engagement für den Schutz und die Achtung der Menschenrechte im Internet und in der gesamten digitalen Welt.

Bislang haben 60 Partner, darunter alle EU-Mitgliedstaaten, die Erklärung gebilligt. Die Liste der Unterzeichnenden ist [hier](#) abrufbar.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2695

Gewinner „Europäische Hauptstädte für Integration und Vielfalt“

Die Europäische Kommission hat am 28.04.2022 die Gewinner*innen des Preises „[Europäische Hauptstädte für Integration und Vielfalt](#)“ verkündet. Mit diesem Preis werden Städte, Gemeinden und Regionen aus der gesamten EU für eine beispielhafte Integrationspolitik ausgezeichnet.

Die Preisträger*innen kommen aus Deutschland, Kroatien, Rumänien, Schweden und Spanien und erhalten den Preis für ihre Arbeit zugunsten einer gerechteren Gesellschaft, in der Vielfalt und Inklusion unabhängig von Geschlecht, ethnischer Herkunft, Religion und Weltanschauung, Behinderung, Alter und LGBTIQ-Identität sowie die Integration von Roma gefördert werden.

Der erste Preis (Gold) in der Kategorie „Kommunen mit einer Einwohnerzahl von mehr als 50 000 Personen“ geht an Köln (Deutschland) für seine [Strategie zur Förderung von Vielfalt und Integration](#).

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2708

Legale Migration: Anwerbung qualifizierter Fachkräfte aus Drittländern

Die Europäische Kommission legt am 27.04.2022 Vorschläge zu einer ambitionierten und nachhaltigen legalen Migration vor.

Als Teil ihres umfassenden, im [Migrations- und Asylpaket](#) enthaltenen Migrationskonzepts schlägt die Kommission gesetzgeberische, operative und politische Initiativen vor, die der EU-Wirtschaft nutzen, die Zusammenarbeit mit Drittstaaten intensivieren und das Migrationsmanagement langfristig verbessern sollen.

Ihr Vorschlagspaket enthält auch spezifische Maßnahmen zur Erleichterung der Integration von Menschen, die vor der Invasion der Ukraine durch Russland fliehen, in den Arbeitsmarkt.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2654

Kommission geht gegen strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung vor

Am 27.04.2022 ergreift die Europäische Kommission Maßnahmen zur Verbesserung des Schutzes von Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen vor missbräuchlichen Gerichtsverfahren. „Strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung“ oder „SLAPP-Klagen“ (*strategic lawsuits against public participation*) sind eine besondere Form der Belästigung und werden vorrangig gegen Journalisten und Menschenrechtsverteidiger eingesetzt, um Äußerungen zu Angelegenheiten im öffentlichen Interesse zu verhindern oder zu sanktionieren.

Die vorgeschlagene Richtlinie umfasst SLAPP-Klagen in Zivilsachen mit grenzüberschreitendem Bezug. Sie ermöglicht es Richter*innen, offenkundig missbräuchliche Klagen rasch abzuweisen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2652

COVID-19: Erhöhter Bereitschaft für nächste Pandemiephase

Die Kommission schlägt am 27.04.2022 eine Reihe von Maßnahmen zur Bewältigung der laufenden COVID-19-Pandemiephase und zur Vorbereitung auf die nächste vor.

Durch ihre Zusammenarbeit konnte die EU bislang hunderttausende Menschenleben dank der Corona-Impfstoffe retten, den Binnenmarkt am Laufen halten, die Reisebeschränkungen auf ein Mindestmaß begrenzen und Produktionskapazitäten für wichtige Erzeugnisse mobilisieren, als die Lieferketten unterbrochen waren.

Auch in der nächsten Phase der Pandemie, wo es weiter auf Vorsorge und Reaktionsfähigkeit ankommt, wird die Koordination entscheidend sein. Die Kommission ruft die Mitgliedstaaten daher auf, noch vor dem Herbst Maßnahmen zu ergreifen, um auf der Hut zu bleiben und die Vorsorge und Reaktion im Gesundheitsbereich weiter abzustimmen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2646

Digitalisierung des Visumverfahrens

Die Kommission schlägt am 27.04.2022 die Digitalisierung des Schengen-Visumverfahrens vor. Mit dem digitalen Verfahren wird die Visummarke ersetzt und die Möglichkeit eingeführt, Visumanträge über eine europäische Online-Visumplattform einzureichen.

In dem neuen Migrations- und Asylpaket wurde als Ziel festgelegt, das Visumverfahren bis 2025 vollständig zu digitalisieren. Damit kann nicht nur das Visumantragsverfahren wirksam verbessert werden, indem Kosten und Lasten sowohl für die Mitgliedstaaten als auch für die Antragsteller*innen gesenkt werden, sondern auch die Sicherheit im Schengen-Raum.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2582

Ernährungssicherheit am Horn von Afrika

Das Horn von Afrika ist von einer verheerenden klimabedingten Dürre betroffen. Die Lage wird durch die Auswirkungen von COVID-19, Konflikte und die prekäre Lage in der Region sowie durch die erwartete Zunahme der Ernährungsunsicherheit infolge der Invasion Russlands in die Ukraine verschärft. Die Europäische Kommission verstärkt daher ihr politisches und finanzielles Engagement in den Partnerländern in der Region.

Am 26.04.2022 wurden für 2022 EU-Mittel in Höhe von insgesamt 633 Mio. Euro zur Stärkung der Ernährungssicherheit am Horn von Afrika angekündigt.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2508

Kommission will Eurojust-Mandat stärken

Die Kommission hat am 25.04.2022 eine Änderung der Eurojust-Verordnung vorgeschlagen, um der Agentur die rechtliche Möglichkeit zu geben, Beweise für Kriegsverbrechen zu sammeln, aufzubewahren und weiterzugeben. Aufgrund der anhaltenden Kampfhandlungen ist es schwierig, Beweismittel in der Ukraine sicher aufzubewahren.

Damit die Urheber der in der Ukraine begangenen Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden können, ist es notwendig, die sichere Aufbewahrung von Beweismitteln außerhalb der Ukraine zu gewährleisten und die Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen durch verschiedene europäische und außereuropäische Justizbehörden zu unterstützen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2549

Gesetz über digitale Dienste

Die Kommission begrüßt die rasche politische Einigung, die am 23.04.2022 zwischen dem Europäischen Parlament und den EU-Mitgliedstaaten über den Vorschlag für den Rechtsakt über digitale Dienste erzielt wurde, der im Dezember 2020 [von der Kommission vorgelegt](#) worden war.

Das Gesetz über digitale Dienste setzt einen völlig neuen Standard für die Rechenschaftspflicht von Online-Plattformen in Bezug auf illegale und schädliche Inhalte. Es wird einen besseren Schutz der Internetnutzenden und ihrer Grundrechte bieten und ein einheitliches Regelwerk für den Binnenmarkt festlegen, das kleineren Plattformen hilft, sich zu vergrößern.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2545

Unterstützung für Flüchtlinge aus der Ukraine

Die Kommission will mehr Geld für die Bewältigung der Folgen des Krieges in der Ukraine im Haushalt 2022 bereitstellen. Sie hat daher am 22.04.2022 vorgeschlagen, den Haushalt 2022 um 99,8 Mio. Euro aufzustocken. Der Betrag ist ein Teil der 1 Mrd. Euro, die im Rahmen der weltweiten Geberkonferenz „Stand Up for Ukraine“ von der Kommission zugesagt wurden.

Neben den Verpflichtungen werden im Haushalt 2022 die Mittel für Zahlungen um 176 Mio. Euro aufgestockt. Die Mittel werden über den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) und das Instrument für Grenzmanagement und Visa (BMVI) bereitgestellt. Die Mittel werden insbesondere den Mitgliedstaaten an den Außengrenzen dabei helfen, die Kosten für die Erstaufnahme und Registrierung von Menschen, die aus der Ukraine fliehen, zu tragen.

Mit den Mitteln aus dem AMIF soll sichergestellt werden, dass Menschen, die aus der Ukraine fliehen, eine angemessene Erstaufnahme erfahren. Dazu gehört die Bereitstellung von Nahrung, Unterkunft, Sanitärversorgung, Kleidung und Medikamenten. Zusätzlich werden die Unterstützung bei der Suche nach Familienangehörigen, Rechts- und Übersetzungshilfe, oder psychosoziale und andere spezialisierte Dienste finanziert.

Die im Rahmen des BMVI bereitgestellten Mittel werden die reibungslose Anwendung der Verfahren an oder in der Nähe der Außengrenzen ermöglichen. Dazu gehören die Identifizierung, die Abnahme von Fingerabdrücken, die Registrierung, die Sicherheitskontrollen, die medizinische Untersuchung und die Überprüfung der Schutzbedürftigkeit von Drittstaatsangehörigen sowie die Deckung des unmittelbaren Bedarfs bei der Aufnahme.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/unterstuetzung-fur-fluechtlinge-aus-der-ukraine-eu-stockt-haushalt-2022-auf-2022-04-22_de

EU-Kohäsionspolitik: Partnerschaftsvereinbarung mit Deutschland genehmigt

Die Kommission hat am 19.04.2022 ihre [Partnerschaftsvereinbarung](#) mit Deutschland genehmigt, in der die Investitionsstrategie Deutschlands für Kohäsionsmittel im Umfang von mehr als 20 Mrd. Euro für den Zeitraum 2021–2027 festgelegt ist.

Die Bundesländer erhalten weiterhin kohäsionspolitische Mittel für die Förderung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts, um wichtige Prioritäten der EU wie den ökologischen und digitalen Wandel zu unterstützen. Diese Mittel werden zu einem wettbewerbsfähigen, innovativen und nachhaltigen Wachstum Deutschlands beitragen.

Die Partnerschaftsvereinbarung betrifft drei kohäsionspolitische Fonds – den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) und den Fonds für einen gerechten Übergang (JTF) – sowie den Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds (EMFAF).

Die Partnerschaftsvereinbarung mit Deutschland ebnet den Weg für die Umsetzung von 52 operationellen Programme vor Ort: 31 regionale, 2 nationale und 19 INTERREG-Programme.

Jedes der 16 Bundesländer verwaltet getrennte EFRE- und ESF+-Programme, mit Ausnahme Niedersachsens, das sich für ein kombiniertes EFRE- / ESF+-Programm entschieden hat. Zwei Programme werden auf Bundesebene durchgeführt: das EMFAF-Programm und ein separates landesweites ESF+-Programm.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2442

REACT-EU: Mittel für Saarland, Thüringen und Bremen

Saarland, Thüringen und Bremen erhalten zusätzliche Zuschüsse in Höhe von 32,9 Mio. Euro, welche im Rahmen der Aufbauhilfe für den Zusammenhalt und die Gebiete Europas (REACT-EU) bereitgestellt werden. Das hat die EU-Kommission am 19.04.2022 bekanntgegeben.

Die Maßnahmen tragen dazu bei, die wirtschaftliche Erholung zu unterstützen, den digitalen und ökologischen Wandel zu fördern und von der Pandemie betroffene junge Menschen zu unterstützen.

Im Saarland werden mit den zusätzlichen 7,5 Mio. Euro vor allem Darlehensfonds, Forschungsprojekte an Forschungseinrichtungen und Universitäten, Berufsbildungszentren und ein Sonderprogramm für das Hotel- und Gaststättengewerbe sowie die Erhaltung des Weltkulturerbes „Völklinger Hütte“ unterstützt.

Thüringen erhält zusätzliche 21,7 Mio. Euro, welche in die Forschungsinfrastruktur und -ausrüstung, auch im Gesundheitswesen, in gemeinsame Forschungsprojekte von KMU und Forschungsinstituten sowie in KMU und den öffentlichen Nahverkehr investiert werden.

In Bremen erhält das operationelle Programm für den Europäischen Sozialfonds weitere 3,7 Mio. Euro. Die Mittel sind dafür vorgesehen, rund 900 junge Menschen, deren berufliche Zukunft von den wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie beeinträchtigt wurde, weiterhin zu unterstützen. Die REACT-EU-Mittel ermöglicht es ihnen, eine neue Ausbildung zu beginnen oder ihre Berufsausbildung abzuschließen, wenn sie aus einem insolventen Unternehmen entlassen wurden.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/saarland-thuringen-und-bremen-erhalten-eu-aufbauhilfe-hohe-von-329-millionen-euro-2022-04-19_de

Ukraine: EU stockt humanitäre Hilfe auf

Da schwere Kämpfe und Raketenangriffe weiterhin kritische zivile Infrastrukturen zerstören, ist der humanitäre Bedarf in der Ukraine nach wie vor extrem hoch. Trotz Zugangs- und Sicherheitsproblemen leisten die humanitären Partner der EU Hilfe für schutzbedürftige Menschen in verschiedenen Regionen der Ukraine.

Die EU stellt weitere 50 Mio. Euro für humanitäre Hilfe bereit, um die von Russlands Krieg gegen die Ukraine betroffene Bevölkerung zu unterstützen, darunter 45 Mio. Euro für humanitäre Projekte in der Ukraine und 5 Mio. Euro für die Republik Moldau. Damit beläuft sich die von der EU als Reaktion auf den Krieg bereitgestellte humanitäre Hilfe auf insgesamt 143 Mio. Euro. Diese Mittel sind Teil des Hilfspakets in Höhe von 1 Mrd. Euro, das die Europäische Kommission auf der weltweiten Geberveranstaltung „Stand Up for Ukraine“ in der vergangenen Woche zugesagt hat.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2482

■ Veranstaltungen

Antragstellerwerkstatt HORIZONT Europa (Online)

Am **01. und 02.06.2022** findet (jeweils vormittags) in Zusammenarbeit mehrerer Nationaler Kontaktstellen die nächste Antragstellerwerkstatt für das EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont Europa statt.

Die Antragsstellung in Horizont Europa stellt ambitionierte Herausforderungen an die Bereiche Ideenentwicklung, Strukturierung und Formulierung.

Die Online-Veranstaltung richtet sich an Interessierte, die einen Antrag für die kommenden Förderaufrufe in Cluster 4, 5 oder 6 von Horizont Europa vorbereiten. In diesem interaktiven Workshop arbeiten Sie in kleinen Gruppen an einem fiktiven EU-Projektantrag. In drei Übungen werden die Aspekte Impact, Arbeitsplan, Konsortium und Tipps zum Schreiben des Projektantrages vertieft.

Weitere Informationen:

https://formulare.ptj.de/workshop_fuer_antragstellende_in_horizont_europa

ErasmusDays 2022

Vom 13. bis zum 15.10.2022 finden die ErasmusDays in ganz Europa zum sechsten Mal statt. Die Nationale Agentur beim Bundesinstitut für Berufsbildung (NA-BIBB) möchte möglichst viele ihrer Projektträger zum Mitmachen animieren.

Im letzten Jahr wurden zu den ErasmusDays 5670 Projekte in 67 Ländern durchgeführt. Die mediale Kampagne rund um die ErasmusDays hilft den Einrichtungen dabei, ihre internationalen Bildungsk Kooperationen und ihr Engagement bekannt zu machen. Zudem unterstützen sie dabei, den gemeinsamen Gedanken für Europa zu verbreiten.

Wie in den letzten Jahren sind alle Aktionen der Projektträger willkommen, die sich auf einen der ErasmusDays legen lassen. Themen können z. B. GreenErasmus, Inklusion, Teilhabe, Das internationale Jahr der Jugend, 35 Jahre Erasmus etc. sein.

Weitere Informationen:

<https://www.na-bibb.de/presse/news/erasmusdays-2022>